

Protokoll

der 33. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, dem 08. September 2009 in der Adolf-Reichwein-Halle

Beginn der Sitzung: 20:05 Uhr
Ende der Sitzung: 20:45
Zuhörer: 11

Anwesende Stadtverordnete:

CDU

Diemerling, Michael
Förster, Hans-Jürgen
Horlacher, Peter
Leonhardt, Erwin
Paduch, Harry
Philippbaar, Astrid
Schnabel, Henrik
Schneiderbauer, Johann Baptist

SPD

Rathjens, Dr., Hans Peter
See, Herbert
Sill, Heinz / stellv. Vorsitzender
Stengel, Christian

FWG

Groetsch, Paul
Lamping, Christian
Sehr, Günter
Soff, Walter

puR

Schön, Norbert

FDP

Hoffmann, Volker
Korger, Dr. Lothar

Bündnis 90/Die Grünen

Quägber-Zehe, Betina

Stadtverordneter

Welker, Helge

Nichtanwesende Stadtverordnete:

CDU

Hafner, Annegret
Haupt, Emmi
Sommer, Michael

SPD

Becker, Irina
Zeidler, Reinhard

FWG

Moscherosch, Hans-Albert

puR

Launhardt, Cornelia
Wyrwoll, Herbert

Bündnis 90/Die Grünen

Scholz, Peter

Vom Magistrat waren anwesend:

Bürgermeister Brechtel, Detlef
Erster Stadtrat Datz, Wolfgang
Stadträtin Horlacher, Heike
Stadtrat Blöcher, Gottfried
Stadträtin Karehnke, Regina
Stadtrat Kayacik, Haci
Stadtrat Schöniger, Arndt
Stadtrat Veen, Wulf-Berend

Vom Magistrat waren nicht anwesend

Stadtrat Wenzel, Klaus
Stadtrat Bickel, Heinrich

Schriftführer:

Kraus, Andreas

Protokoll der 33. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 08.09.2009

Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher, Heinz Sill, eröffnet die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, indem er alle Anwesenden herzlich begrüßt. Er weist darauf hin, dass zu der Sitzung mit Ladung vom 01. September 2009 ordnungsgemäß form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass mit der Einladung die Tagesordnung zuge- stellt wurde. Des Weiteren stellt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher fest, dass die Stadtverordneten beschlussfähig versammelt sind.

Aufgrund des Todes von Dieter Launhardt am 3.9.2009 findet zu seinen Ehren eine Schweigeminute statt.

Änderungswünsche bezüglich des Protokolls der 32. Sitzung der Stadtverordnetenver- sammlung ergeben sich nicht. Es ist somit angenommen.

Aus der Beratung des Ältestenrates wird vorgeschlagen, die Tagesordnungspunkte 3, 4, 6 und 9 ohne Aussprache zu behandeln.

Dies wird von den Stadtverordneten so angenommen. Somit steht folgende Tagesord- nung fest.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen
2. Kleine Anfragen
3. Bauleitplanung
3. Änderung des Bebauungsplanes OR 16 „Feldpreul und andere Gemarkungsteile“
hier: 1. Beschluss zu den Anregungen im Bauleitverfahren gem. §§ 3 und 4 BauGB
2. Satzungsbeschluss gem. §10 BauGB
4. Grundstücksangelegenheiten
Erwerb/Übertragung von Gewerbegrundstücken in der Gemarkung Rodheim, Flur 9, Flurstücke Nr. 19/1 u. 30/1 u. 308/1 (Baugebiet Oberwiese)
5. Südspange Rosbach v.d.Höhe
 - Abschluss einer Vereinbarung zur Durchführung der Baumaßnahme mit dem Wetteraukreis
 - Weitere Mittelbereitstellung
6. Jahresrechnungen 2006 und 2007
 - Vorlage des Abschlussberichtes nach § 138 HGO
 - Entlastung nach § 114 Abs.1 HGO durch die Stadtverordnetenver- sammlung
7. Schulentwicklungsplan des Wetteraukreises, 8. Fortschreibung
Stellungnahme der Stadt

8. Antrag des Stadtverordneten Helge Welker vom 13.10.2008
Erstellung eines Armutsberichts für die Stadt Rosbach v.d.Höhe
- Bericht des Bürgermeisters
9. Entschädigungssatzung
hier: 1. Änderung gemäß dem Antrag der
Bündnis 90/Die Grünen Fraktion vom 07.07.2009
10. Antrag der CDU-Fraktion vom 07.06.2009
hier: Skateboard-Anlage
11. Anfrage der SPD-Fraktion vom 28.08.2009
hier: Wirtschaftliche Situation Rosbacher Brunnen

Zu TOP 1	Mitteilungen
-----------------	---------------------

Stellv. Stadtverordnetenvorsteher:

Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Herr Heinz Sill teilt mit, dass die SPD-Fraktion Herrn Dr. Hans-Peter Rathjens zum neuen Vorsitzenden gewählt hat. Stellvertreter ist Herr Reinhard Zeidler.

Als Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss hat die SPD-Fraktion, neben Herrn Dr. Hans-Peter Rathjens, Herrn Christian Stengel benannt.

Bürgermeister:

Der Bürgermeister Herr Detlef Brechtel verweist auf die schriftlich vorliegenden Mitteilungen, die dem Protokoll beigefügt sind.

Haupt- und Finanzausschuss

Herr Christian Lamping berichtet aus der Sitzung vom 28.05.2009.
Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

Grundstücksangelegenheiten
Erwerb/Übertragung von Gewerbegrundstücken in der Gemarkung Rodheim,
Flur 9, Flurstücke Nr. 19/1 u. 30/1 u. 308/1 (Baugebiet Oberwiese)

Schulentwicklungsplan des Wetteraukreises, 8. Fortschreibung
Stellungnahme der Stadt

Südspange Rosbach v.d.Höhe

- Abschluss einer Vereinbarung zur Durchführung der Baumaßnahme mit dem Wetteraukreis
- Weitere Mittelbereitstellung

Jahresrechnungen 2006 und 2007

- Vorlage des Abschlussberichtes nach § 138 HGO
- Entlastung nach § 114 Abs.1 HGO durch die Stadtverordnetenversammlung

Erfrischungsgeld für Wahlhelferinnen/Wahlhelfer

Antrag der CDU-Fraktion vom 07.06.2009

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Fraktion vom 07.07.2009

Gefahrenabwehrverordnung

Antrag der CDU-Fraktion vom 07.06.2009

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Fraktion vom 07.07.2009

Antrag der CDU-Fraktion vom 18.05.2009

hier: Fahrräder für den freiwilligen Polizeidienst

Antrag der CDU-Fraktion vom 18.05.2009

hier: Nachruf für nicht mehr aktive verstorbene Mandatsträger

Umwelt- und Planungsausschuss

Herr Johann Baptist Schneiderbauer berichtet aus der Sitzung vom 25.08.2009 und 08.09.2009.

Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

Bauleitplanung

3. Änderung des Bebauungsplanes OR 16 „Feldpreul und andere Gemarkungsteile“

hier: 1. Beschluss zu den Anregungen im Bauleitverfahren gem. §§ 3 und 4 BauGB

2. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

Bauantrag: Az.: 01310-09-B-0023

Vorhaben: Anbau an ein Einfamilienwohnhaus (Reihenendhaus)
-Befreiung-

Grundstück: Rosbach, Humboldtweg 8
Gemarkung Rodheim, Flur 8, Flurstück-Nr. 541/3

Bauvoranfrage

Grundstück Flur 2, Flurstück-Nr. 1278, Leergasse/Ecke Wirtweg, Rodheim,
Lärmschutzmaßnahme

Antrag der CDU-Fraktion vom 7.6.2009

hier: Skateboard-Anlage

Wasserburg Nieder-Rosbach
Vorstellung des abgestimmten Bau- und Raumkonzeptes

Zu TOP 2	Kleine Anfragen
-----------------	------------------------

Dieser TOP wird nicht protokolliert.

Zu TOP 3	3. Änderung des Bebauungsplanes OR 16 „Feldpreul und andere Gemarkungsteile“ 1. Beschluss zu den Anregungen im Bauleitverfahren gem. §§ 3 und 4 BauGB 2. Satzungsbeschluss gem. §10 BauGB
-----------------	--

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Aussprache abgehandelt.

Beschlussvorschlag des Magistrates:

1. Beschluss zu den Anregungen im Bauleitverfahren gem. §§ 3 und 4 BauGB

- Dem Vorschlag des Umwelt- und Planungsschusses vom 26.05.2009 wird gefolgt, die zulässige Farbe für die Dacheindeckung wird dahingehend geändert, dass auch anthrazitfarbene und schwarze Dachsteine zulässig sind.
- Die in der Anlage befindliche Beschlussempfehlung zu den im Rahmen der Beteiligungsverfahren nach §§ 3 und 4 BauGB eingegangenen Anregungen werden als Stellungnahme der Stadt Rosbach v. d. Höhe beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	8	8	--	--
SPD	4	4	--	--
FWG	4	4	--	--
puR	1	1	--	--
FDP	2	2	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	1	1	--	--
Stadtverordneter Helge Welker	1	1	--	--
Summe	21	21	--	--
TOP 3.1 beschlossen				

Beschlussvorschlag des Magistrates:

2. Satzungsbeschluss gem. §10 BauGB

- Der Bebauungsplan OR 16 „Feldpreul und andere Gemarkungsteile“ 3. Änderung wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB sowie § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 5 HGO und § 81 HBO als Satzung beschlossen und die Begründung hierzu gebilligt.
- Der Bebauungsplan wird gemäß § 10 BauGB in Kraft gesetzt.

Eine Kopie des Bebauungsplanes mit Begründung wird dem Originalprotokoll als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	8	8	--	--
SPD	4	4	--	--
FWG	4	4	--	--
puR	1	1	--	--
FDP	2	2	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	1	1	--	--
Stadtverordneter Helge Welker	1	1	--	--
Summe	21	21	--	--
TOP 3.2 beschlossen				

Die Stadtverordneten Astrid Philippbaar und Paul Groetsch verlassen den Sitzungssaal, da sie sich im Interessenwiderstreit nach § 25 HGO bezüglich des nachfolgenden Tagesordnungspunkts befinden.

Zu TOP 4	Grundstücksangelegenheiten Erwerb/Übertragung von Gewerbegrundstücken in der Gemarkung Rodheim, Flur 9, Flurstücke Nr. 19/1 u. 30/1 u. 308/1 (Baugebiet Oberwiese)
-----------------	---

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Aussprache abgehandelt.

Beschlussvorschlag des Magistrates:

- Die Stadt erwirbt - vorbehaltlich der Rechtskraft des Bebauungsplanes „RH3/Oberwiese“ folgende, noch zu vermessende Teilflächen der Gewerbegrundstücke Beinhardsweg in der Gemarkung Rodheim, Flur 9

Flurstück-Nr. 30/1	5.030 m ²
Flurstück-Nr. 19/1	4.557 m ²
Insgesamt	9.587 m ²

Der Kaufpreis beträgt 110,-- €/m² somit insgesamt 1.054.570,-- €.

Abweichungen in der Grundstücksgröße, die sich nach erfolgter Vermessung ergeben sollten, werden mit 110,-- €/m² ausgeglichen.

- Die Stadt überträgt eine noch zu vermessende Teilfläche des städtischen Flurstückes-Nr. 308/1 mit einer Größe von ca. 240 m², die mitten durch das Betriebsgelände Beinhardsweg verläuft, kostenfrei auf den Eigentümer des Betriebsgeländes (verrohrter Hamstergraben).

Der Betrieb, die Erhaltung und Erneuerung der Verrohrung durch die Stadt sowie ein Überbauungsverbot im unbebauten, westlichen Teil des Betriebsgeländes ist im Grundbuch bzw. Baulastenverzeichnis zu sichern.

Der Eigentümer der Gewerbegrundstücke überträgt im Gegenzug eine noch zu vermessende Teilfläche des Flurstückes 19/1 mit ca. 95 m² zur Verbreiterung des Pappelweges kostenfrei auf die Stadt.

- Die Stadt verpflichtet sich, den Pappelweg zwischen Werkstor und Beinhardsweg barrierefrei auszubauen sowie die vorhandene Einzäunung des Gewerbegrundstückes zum künftigen Wohnbaugebiet sowie zum Pappelweg zu versetzen/neu zu errichten. Das vorhandene Tor ist anzupassen/auszutauschen.
- Die Kosten für die Beseitigung der Bauschuttablagerungen der Grundstücke 19/1 und 22/3 werden von den derzeitigen Eigentümern anteilig getragen. Die zwei Leichtbauhallen werden von der Stadt erworben und rückgebaut.

Der Eigentümer der nach der Grundstücksübergabe verbleibenden Gewerbegrundstücke Fl.9, Flurstück-Nr. 19/1, 30/1 und 308/1 wird bezüglich des Pappelweges erschließungsbeitragsfrei gestellt. Dies gilt auch für die „Altanlieger“ der Wohnbaugrundstücke zwischen dem Pappelweg und der Waldstraße sowie der Industriestraße. Die Kostendeckung der Erschließungsmaßnahmen erfolgt aus der Vermarktung der künftigen Wohnbaugrundstücke.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7	--	--
SPD	4	4	--	--
FWG	3	3	--	--
puR	1	1	--	--
FDP	2	2	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	1	1	--	--
Stadtverordneter Helge Welker	1	1	--	--
Summe	19	19	--	--
TOP 4 beschlossen				

Die Stadtverordneten Astrid Philippbaar und Paul Groetsch nehmen wieder an der Sitzung teil, der Beschluss wird von dem stellv. Stadtverordnetenvorsteher Heinz Sill mitgeteilt.

Zu TOP 5	Südspange Rosbach v.d.Höhe – Abschluss einer Vereinbarung zur Durchführung der Baumaßnahme mit dem Wetteraukreis – Weitere Mittelbereitstellung
-----------------	--

Beschlussvorschlag des Magistrates:

- Die Stadt schließt mit dem Wetteraukreis als Baulastträger auf der Grundlage der Vereinbarungen zur Südumgehung vom 25.4.2001/10.5.2001 eine Vereinbarung über die Durchführung der Baumaßnahme K11 Südumgehung Nieder-Rosbach (Anlage Entwurf Stand 17.6.2009).
- Die für die Durchführung der einzelnen Bauabschnitte erforderlichen Haushaltsmittel für die Bauleitung, Ablösezahlungen an das Land Hessen sowie den Wetteraukreis werden im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung in den jeweiligen Investitionszeiträumen zur Verfügung gestellt.

Insbesondere: Ablösezahlungen Träger der Straßenbaulast	719.000 €
Investitionsdifferenz Wetteraukreis	700.000 €
Baudurchführung/Bauleitung	370.000 €

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	8	8	--	--
SPD	4	4	--	--
FWG	4	4	--	--
puR	1	1	--	--
FDP	2	2	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	1	1	--	--
Stadtverordneter Helge Welker	1	1	--	--
Summe	21	21	--	--
TOP 5 beschlossen				

Zu TOP 6	Jahresrechnungen 2006 und 2007 – Vorlage des Abschlussberichtes nach § 138 HGO – Entlastung nach § 114 Abs.1 HGO durch die Stadtverordnetenversammlung
-----------------	---

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Aussprache abgehandelt.

Beschlussvorschlag des Magistrates:

Der Schlussbericht des Kreisrevisionsamtes zur Prüfung der Jahresrechnungen für die Haushaltsjahre 2006/2007 vom 8.7.2009 wird zur Kenntnis genommen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die nachfolgend abgedruckten Jahresrechnungen für die Haushaltsjahre 2006/2007 gemäß § 114 Abs. 1 HGO.

Protokoll der 33. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 08.09.2009

Aufgrund des vorliegenden Schlussberichtes über die Prüfung der Haushaltsjahre wird dem Magistrat nach § 114 Abs. 1 HGO für die Haushaltsjahre 2006/2007 Entlastung erteilt.

Haushaltsrechnung 2006

Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt	17.461.266,68 €
+ Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt	2.371.390,38 €
Summe Soll-Einnahmen	19.832.657,06 €

+ neue Haushaltseinnahmereste	300.000,00 €
./ Abgang alter Haushaltseinnahmereste	0,00 €
./ Abgang alter Kasseneinnahmereste Verwaltungshaushalt	10.837,56 €
./ Abgang alter Kasseneinnahmereste Vermögenshaushalt	58.199,50 €

Summe bereinigte Soll-Einnahmen **20.063.620,00 €**

Sollausgaben Verwaltungshaushalt	18.503.811,13 €
+ Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	1.549.033,86 €
darin: Überschuss nach § 40 Abs. 3 Satz 2 GemHVO	30.614,31 €
Summe Sollausgaben	20.052.844,99 €

+ neue Haushaltsausgabereste Verwaltungshaushalt	0,00 €
+ neue Haushaltsausgabereste Vermögenshaushalt	1.088.044,10 €
./ Abgang alter Haushaltsausgabereste Verwaltungshaushalt	0,00 €
./ Abgang alter Haushaltsausgabereste Vermögenshaushalt	23.887,08 €
./ Abgang alter Kassenausgabereste Verwaltungshaushalt	0,00 €
./ Abgang alter Kassenausgabereste Vermögenshaushalt	0,00 €

Summe bereinigte Soll-Ausgaben **21.117.002,01 €**

Sollfehlbetrag **-1.053.382,01 €**

Haushaltsrechnung 2007

Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt	17.829.553,42 €
+ Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt	6.492.322,50 €
Summe Soll-Einnahmen	24.321.875,92 €

+ neue Haushaltseinnahmereste	268.000,00 €
./ Abgang alter Haushaltseinnahmereste	300.0000,00 €
./ Abgang alter Kasseneinnahmereste Verwaltungshaushalt	12.467,10 €
./ Abgang alter Kasseneinnahmereste Vermögenshaushalt	0,00 €

Summe bereinigte Soll-Einnahmen **24.277.408,82 €**

Protokoll der 33. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 08.09.2009

Sollausgaben Verwaltungshaushalt	18.141.701,43 €
+ Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	3.278.350,77 €
darin: Überschuss nach § 40 Abs. 3 Satz 2 GemHVO	106.411,82 €
Summe Sollausgaben	21.420.052,20 €

+ neue Haushaltsausgabereste Verwaltungshaushalt	0,00 €
+ neue Haushaltsausgabereste Vermögenshaushalt	3.345.723,65 €
./ Abgang alter Haushaltsausgabereste Verwaltungshaushalt	0,00 €
./ Abgang alter Haushaltsausgabereste Vermögenshaushalt	163.751,92 €
./ Abgang alter Kassenausgabereste Verwaltungshaushalt	0,00 €
./ Abgang alter Kassenausgabereste Vermögenshaushalt	0,00 €

Summe bereinigte Soll-Ausgaben **24.602.023,93 €**

Sollfehlbetrag **-324.615,11 €**

Die Verwaltung wird gebeten, die umfangreichen Jahresrechnungen zukünftig ca. 4 Wochen vor den Beratungen in den Gremien den Mandatträger zuzustellen.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	8	6	--	2
SPD	4	4	--	--
FWG	4	4	--	--
puR	1	1	--	--
FDP	2	2	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	1	1	--	--
Stadtverordneter Helge Welker	1	1	--	--
Summe	21	19	--	2
TOP 6 beschlossen				

Zu TOP 7	Schulentwicklungsplan des Wetteraukreises, 8. Fortschreibung Stellungnahme der Stadt
-----------------	---

Beschlussvorschlag des Magistrates:

1. Die beiden Schulstandorte – Rosbach und Rodheim – müssen mittel- und langfristig erhalten und organisatorisch, personell und räumlich erweitert werden. Dies gilt ebenso uneingeschränkt für den Sekundarbereich (Klassen 5 – 10) an der Erich Kästner-Schule (EKS) Rodheim.

Die Stadt wird hierbei ihre bisherige finanzielle und gegebenenfalls auch organisatorische Unterstützung beibehalten und forcieren.

2. In enger Kooperation mit den Eltern, den Betreuungsschulen sowie der jeweiligen Schulleitung sind räumliche, personelle und inhaltliche Voraussetzungen für Betreuungszentren mit hortähnlichem Angebot an den beiden Schulen zu schaffen.

“Unter dem Dach der Schule“ sind die verschiedenen Betreuungsangebote so zusammenzuführen, dass eine gesicherte, verlässliche und zeitgemäße Bildung und Betreuung der Kinder gewährleistet ist.

3. Die Kapersburgschule Rosbach ist durch eine Mensa sowie weitere Räume für die Betreuungsschule baulich zu erweitern, das Hortangebot der Stadt muss an die Schule verlagert werden.
4. Der Sekundarbereich an der EKS ist zu erhalten und zu stärken.

Nach der Zusammenführung des städtischen Hortangebotes und der Betreuungsschule auf dem Gelände der Schule ist durch entsprechende bauliche Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass die Dreizügigkeit der Grundschule gewährleistet werden kann.

5. Grundsätzlich ist die Schulentwicklung so zu gestalten, dass der erwartete Zuzug weiterer Familien nach der Erschließung von Baugebieten in allen Stadtteilen personell und räumlich sichergestellt werden kann.
6. Die Stadt sichert auch künftig ihre Bereitschaft zur finanziellen und organisatorischen Unterstützung für alle Maßnahmen an den beiden Schulen zu.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	8	8	--	--
SPD	4	4	--	--
FWG	4	4	--	--
puR	1	1	--	--
FDP	2	2	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	1	1	--	--
Stadtverordneter Helge Welker	1	1	--	--
Summe	24	24	--	--
TOP 7 beschlossen				

Zu TOP 8	Antrag des Stadtverordneten Helge Welker vom 13.10.2008 Erstellung eines Armutsberichts für die Stadt Rosbach v.d.Höhe - Bericht des Bürgermeisters
-----------------	--

Bürgermeister Detlef Brechtel legt den Armutsbericht für die Stadt Rosbach v.d.Höhe den Stadtverordneten vor. Nach Durchsicht des umfangreichen Werkes sollte dieser, wenn Bedarf besteht, nochmals im Parlament beraten werden. Der Armutsbericht ist dem Originalprotokoll beigelegt.

Zu TOP 9	Entschädigungssatzung hier: 1. Änderung gemäß dem Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Fraktion vom 07.07.2009
-----------------	---

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Aussprache abgehandelt.

Beschlussvorschlag des Magistrates:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die nachstehende 1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Stadt Rosbach v.d.Höhe:

**1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung
der Stadt Rosbach v.d.Höhe**

Aufgrund der §§ 5, 27 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl I S. 142) zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2007 (GVBl I S. 757), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach v.d.Höhe in ihrer Sitzung am 08. September 2009 folgende 1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung vom 04. September 2001 beschlossen:

Artikel 1

§ 3 erhält folgende Fassung:

§ 3 Aufwandsentschädigungen

- (1) Ehrenamtlich Tätige erhalten neben dem Ersatz des Verdienstaufalles und der Fahrtkosten pro Monat der Stadtverordnetenversammlung, des Magistrates, des Ortsbeirates, des Ausländerbeirates oder des Gremiums, dem sie als Mitglied oder kraft Gesetzes, Satzung oder Geschäftsordnung angehören oder in das sie als Vertreterin oder Vertreter der Stadt entsandt worden sind, folgende Aufwandsentschädigung:

- Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung	EURO 50,--
- Ehrenamtliche Stadträtinnen/Stadträte	EURO 100,--
- Mitglieder der Ortsbeiräte	EURO 15,--
- Mitglieder des Ausländerbeirates	EURO 15,--
- Gewählte Mitglieder der Betriebskommission	EURO 15,--
- Sachkundige Einwohnerinnen oder Einwohner einer Kommission	EURO 15,--
- Mitglieder des Wahlausschusses und der Wahlvorstände bei Stadtahlen, Ortsbeiratswahlen, Wahlen der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters,	

Ausländerbeiratswahlen und Bürgerentscheiden EURO 35,--

(2) Sofern die Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Wahlausschusses und der Wahlvorstände bei Landtagswahlen, Bundestagswahlen und Wahlen zum Europaparlament nach den jeweiligen gesetzlichen Vorschriften niedriger ist als Euro 35,00, wird die Aufwandsentschädigung von der Stadt Rosbach bis zum Betrag von insgesamt Euro 35,00 aufgestockt.

(3) Die Aufwandsentschädigung nach Abs. 1 wird für den höheren Aufwand bei dem Wahrnehmen besonderer Funktionen um eine monatliche Pauschale erhöht. Diese beträgt für

- den/die Stadtverordnetenvorsteher/in	EURO 60,--
- stellvertretende Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung	EURO 25,--
- Ausschussvorsitzende	EURO 25,--
- Fraktionsvorsitzende	EURO 25,--
- Ortsvorsteherinnen oder Ortsvorsteher	EURO 30,--
- die oder den Vorsitzenden des Ausländerbeirates	EURO 30,--

Der Anspruch auf diese Pauschale entsteht am Beginn des Kalendermonates, in dem die ehrenamtlich Tätigen die besondere Funktion antreten. Er erlischt mit Ablauf des Kalendermonates, in dem sie aus der Funktion scheiden.

(4) Nehmen ehrenamtlich Tätige mehrere Funktionen wahr, für die Anspruch auf Erhöhungen nach Abs. 3 besteht, so stehen ihnen die Erhöhungen für alle Funktionen zu.

(5) Die ehrenamtlich tätigen Bediensteten der Verwaltung erhalten für jede angefangene Stunde je Sitzung, in der sie als Schriftführerin/Schriftführer tätig werden, eine Aufwandsentschädigung von EURO 12,50.

(6) Für die Vertretung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters wird neben dem Ersatz des Verdienstausfalles, der Fahrtkosten und der Aufwandsentschädigung nach Abs. 1 eine Aufwandsentschädigung für jeden angefangenen Kalendertag von EURO 50,-- gewährt.

Inkrafttreten

Die Änderungssatzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Rosbach v.d.Höhe, den 08. September 2009

Der Magistrat der Stadt Rosbach v.d.Höhe

Brechtel
Bürgermeister

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	8	8	--	--
SPD	4	4	--	--
FWG	4	--	4	--
puR	1	--	--	1
FDP	2	2	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	1	1	--	--
Stadtverordneter Helge Welker	1	1	--	--
Summe	21	16	4	1
TOP 9 beschlossen				

Zu TOP 10	Antrag der CDU-Fraktion vom 07.06.2009 hier: Skateboard-Anlage
------------------	---

Die Fraktionsvorsitzenden bringen einen überparteilichen Antrag mit folgendem Wortlaut ein, der inhaltsgleich mit dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses ist.

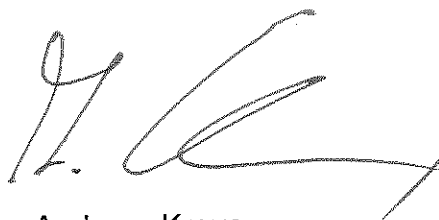
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen des Haushaltsplanes 2010 den Bau einer Skateboardanlage vorzusehen. Die entgeltliche Entscheidung fällt bei der Feststellung des Investitionsprogramms.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	8	8	--	--
SPD	4	4	--	--
FWG	4	4	--	--
puR	1	1	--	--
FDP	2	2	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	1	1	--	--
Stadtverordneter Helge Welker	1	1	--	--
Summe	24	24	--	--
TOP 10 beschlossen				



Heinz Sill
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher



Andreas Kraus
Schriftführer

Mitteilungen zur Stadtverordnetenversammlung am 08. September 2009

Verlagerung der Hortgruppen Rodheim an die Erich Kästner-Schule und personelle Besetzung

- Der Magistrat hat in seiner Sitzung beschlossen, die Funktion der Kinderhortleitung an der EKS Rodheim von der Leitungsfunktion Kindertagesstätte Alte Schule zu trennen.

Die Stadt überträgt Herrn Peter Lauer die Leitung des Kinderhortes an der EKS Rodheim mit Wirkung zum 1. August 2009.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Hortaktivitäten der Stadt in Rosbach und Rodheim mit der Ferienbetreuung für die Grundschulkinder der Klassen 1 bis 4 organisatorisch zusammen zu führen. Das entsprechende Konzept ist dem Magistrat bis zum 31. März 2010 vorzulegen.

Sportzentrum Rodheim

- Der Magistrat vergibt an das Planungsbüro Dierks-Blume-Nasedy/Darmstadt die nachstehenden weiteren Aufträge:

- Ausarbeitung der funktionalen Leistungsbeschreibung netto	18.500,00 €
- Baueingabepläne, Einholung Genehmigungsfähigkeit netto	11.706,00 €
- Mitwirkung bei der Vergabe der Bauleistungen netto jeweils zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer.	11.495,00 €

Weiterhin beschließt der Magistrat die Errichtung eines Verkaufs- und Lagerkiosk am Großsportplatz mit folgenden Grunddaten: Grundfläche bis zu 80 m², Gesamtkosten bis max. 60.000,00 €.

Einführung der Jutesäcke im Bauhof

- Der Magistrat hat die Bereitstellung von Jutesäcken im Bauhof der Stadt Rosbach v.d.Höhe beschlossen. Die Aushändigung der Säcke erfolgt für alle Bürger, die Laub entsorgen müssen. Hier ist eine maximale Anzahl von zehn Säcken zur Ausgabe vorgesehen und eine Kautions von 3,-€ pro Sack fällig.

Grundstücksangelegenheiten

Der Magistrat hat folgende Grundstücke verkauft:

- Weiherwiesen 9, Baugebiet „Bei den neuen Pflanzenländern“, Ober-Rosbach, Flur 12, Flurstück Nr. 702, 580 m²; Kaufpreis 174.000,- €.

- Bei den Pflanzenländern 36, Baugebiet „Bei den neuen Pflanzenländern“, Ober-Rosbach, Flur 12, Flurstück Nr. 679/1, 600 m²; 180.000,-- €
- Bei den Pflanzenländern 38, Baugebiet „Bei den neuen Pflanzenländern“, Ober-Rosbach, Flur 12, Flurstück Nr. 679/1, 412 m²; 123.600,-- €

Der Kaufpreis beträgt 300,-- €/m² inklusive der Abwasser-, Wasser- und Erschließungsbeiträge.

- Der Magistrat hat den Ankauf des Grundstücks Gem. Ober-Rosbach, Flur 12, Nr. 313/3, Bei den Pflanzenländern, mit 1.893 m², zur Errichtung eines Sichtschutzwalles zwischen dem Baugebiet „Bei den neuen Pflanzenländern“ und der angrenzenden Bahnlinie beschlossen. Der Kaufpreis beträgt 18,-€/m², somit 34.074,00 €.

Bodenordnung Erweiterung Gewerbegebiet Dieselstraße

- Der Magistrat hat in seiner Sitzung beschlossen, die für den Ausbau der Verlängerung der Dieselstraße erforderlichen Flächen im Vorgriff auf die künftige Bodenordnung / Umlegung nach den § 45 ff. BauGB alternativ dem vollständigen Erwerb der künftigen Bauerwartungslandgrundstücke zu erwerben.

Es sind die vom Gutachterausschuss oder von einem öffentlichen bestellten oder vereidigten Sachverständigen ermittelten Verkehrswerte zu zahlen.

Die endgültige wertmäßige Abwicklung der insgesamt zu übernehmenden rd. 2.100 Quadratmeter Grundstücke erfolgt im Rahmen des Baulandumlegungsverfahrens, alternativ im abschließenden Kaufvertragsverfahren.

Eine entsprechende verbindliche Erklärung ist in die notariellen Verträge aufzunehmen. Diese ist auf maximal 25 Jahre zu begrenzen.

Folgende Kreditaufnahmen hat der Magistrat beschlossen

- Mit dem Hessischen Investitionsfonds, Abteilung B, 2009 wurde ein Kreditvertrag über 1.000.000 €, zweckgebunden: Umbau der alten Grundschule Ober-Rosbach zum Kinderhaus, Sofortdarlehen, abgeschlossen.

Weiterhin wurde mit dem Hessischen Investitionsfonds, Abteilung B, 2009 ist ein Kreditvertrag über 800.000 € abgeschlossen, Darlehen mit Ansparverpflichtung, zweckgebunden: Errichtung eines Sportzentrums Rodheim.

An den Hessischen Investitionsfonds, Abteilung B, wurde für das Kontingent 2010 die nachstehenden Anträge gestellt:

- Sanierung der Kita Brüder-Grimm-Straße
Baukosten 400.000 €
Antragssumme 300.000 €
Sofortdarlehen

- Kunstrasenplatz Ober-Rosbach einschließlich Parkplatzbau und
Laufbahnsanierung
Baukosten 1.000.000,00 Euro
Antragssumme 600.000,00 Euro
Darlehen mit Ansparverpflichtung, Auszahlung 2014

**In den letzten Magistratssitzungen wurden die nachstehenden
Aufträge vergeben:**

- Herstellung der Lärmschutzwand im Bereich Bahnhofvorplatz Rodheim -
Seelhof, Gesamtauftrag brutto 59.677,14 €
- Umgestaltung der Außen- und Spielanlage der Kita Brüder-Grimm-Straße,
Auftragssumme € 34.918,17 € (brutto)

Personalangelegenheit

- Nach dem Ausscheiden des Sachgebietsleiters der Bauverwaltung hat der
Magistrat die Stelle neu besetzt. Für die Position bei der Stadt konnte Herr
Christian Eschenbrenner gewonnen werden.

Rosbach v.d.Höhe, den 07. September 2009


Brechtel
Bürgermeister

G:\HAFI\Haupt\GREMIEN\STVV\Mitteilungen\2009_09_08.doc